

**"Zum allerersten Mal kommt die Gefahr auch von innen"
Der Geheimdienst Schabák hat vor der Ermordung Rabins vor der Gefahr des
jüdischen Extremismus gewarnt / Von Doron Arazi**

Je stärker der Radikalisierungsprozeß in der israelischen Gesellschaft von der extremen Rechten vorangetrieben wird, desto mehr könnte die ideologische Kriminalität seitens dieser Rechten zu einer bedeutenden Bedrohung für Regierung und Demokratie werden." Diese im Lichte der jüngsten Geschehnisse prophetisch anmutenden Zeilen wurden 1990 geschrieben und schließen eine Magisterarbeit ab, die unter dem Titel "Ideologisch motivierter Rechtsbruch bei Israels extremen Rechten" der Universität Haifa vorgelegt wurde. Der Autor war nicht irgendein Student, sondern ein zur akademischen Fortbildung abgestellter hoher Beamter des israelischen Inlandsgeheimdienstes, dessen Chef er heute ist.

Konnte der Mord an Jitzhak Rabin verhindert werden? Mit dieser Frage muß sich vor allem der Allgemeine Sicherheitsdienst (Schabák) quälen. Im Ausland, wo der legendäre Mossad weitaus bekannter ist, wird er außerhalb von Fachkreisen kaum wahrgenommen. Findet der Schabák überhaupt Erwähnung, dann unter der veralteten Bezeichnung Schin Bet aus den fünfziger Jahren. Er operiert in der Regel nur in Israel sowie in den besetzten Gebieten - in der heiklen Grauzone zwischen Konspiration und Legalität. Neben Spionageabwehr und Terrorbekämpfung ist er auch für den Personenschutz gefährdeter Politiker und für die Überwachung des politischen Extremismus im Lande zuständig. Seit Israels Sieg im Sechs-Tage-Krieg 1967 wuchs er von einem kleinen, intimen Dienst mit einigen hundert Mitarbeitern zu einem relativ großen Apparat an. Seine Erfolge und Mißerfolge bei der Vereitelung von Terrorakten bestimmen die israelische Gemütslage und somit die Akzeptanz für den Friedensprozeß. Mit dem Wirrwarr konkurrierender Geheimdienste in Arafats palästinensischem Autonomiegebiet unterhält der Schabák komplizierte Beziehungen zwischen Kooperation und Konfrontation. Kurz vor seiner Ermordung hatte Ministerpräsident Rabin diesem Dienst, nicht Mossad, die Verantwortung für die Nachrichtenbeschaffung aus dem Autonomiegebiet übertragen, obwohl es eigentlich seine Hauptaufgabe hätte sein sollen, in dem politisch so polarisierten Israel die Demokratie gegen ihre rechtsextremistischen Feinde zu schützen.

Noch in der Mordnacht begann eine kleine Untersuchungsgruppe von "alten Weisen", drei pensionierten Abteilungschefs des Dienstes, mit dem Auswerten der Schutzmaßnahmen am Tel Aviver Rathausplatz. Höhere Gewalt? Menschliches Versagen? Tatsache ist, daß in den kritischen 20 Sekunden der Mordtat der Ministerpräsident allein war. Obwohl ein Aufgebot von 1500 Polizisten den Platz in drei Ringen abgesichert hatte und mit Rabins Schutz eine Leibwache von 15 Beamten aus der Schabák-Personenschutzseinheit beauftragt worden war, konnte der Mörder Jigal Amir sich dem Regierungschef ungehindert bis auf eine Entfernung von eineinhalb Metern nähern, mithin auf "Schußweite Null". Der Attentäter gelangte hinter Rabins Rücken. Keiner der Beamten schaffte es, Amir niederzuschießen, nachdem er schon seine Pistole

gezogen hatte; keiner schaffte es, sich wenigstens als Barriere zwischen Mörder und Opfer zu stellen, wie es das Standard-Schutzverfahren vorschreibt und es tausendmal geübt worden war.

Zwischen Sicherheitsdienst und Polizei klappte die Koordination nicht. Offenbar wußten die Polizisten am Parkplatz nicht einmal, daß Rabin die Rednerbühne bereits verlassen hatte. Anscheinend hatten sie nicht einmal eine Funkverbindung zu seiner Leibgarde. Die Sicherungsmaßnahmen der Schabák wurden von zwei der höchsten Mitarbeiter geleitet: dem Chef der Personenschutzinheit und seinem Vorgesetzten, dem Leiter der Sicherungsabteilung. Noch während der Veranstaltung hatten sie per Funk die - falsche - Warnung vor einem möglichen palästinensisch-islamischen Anschlag erhalten. Gleichwohl wurden die Sicherheitsvorkehrungen nicht verstärkt. Währenddessen konnte der israelische Mörder eine geschlagene Stunde vor der Tat ungehindert auf dem abgesperrten Parkgelände herumlungern, in dem Rabins und die Dienstwagen anderer Minister warteten und das im Sicherheitsdienstjargon eigentlich "steril" hätte sein sollen. Niemand forderte den späteren Attentäter auf, sich auszuweisen. Es genügte augenscheinlich, daß er ein Israeli, kein Araber war.

Hier verdichteten sich zufällige Faktoren zu einer verhängnisvollen Kombination, die allerdings tief im System verwurzelt sind. Anders ausgedrückt: ein typisches israelisches Durcheinander, eine Mischung aus draufgängerischer Unbekümmertheit, lockerem Umgang und schlafwandlerischem Vertrauen auf die eigene Improvisationskunst, die so viel von dem Charme dieses Landes ausmacht und so viele von den Skandalen und Desastern seiner Geschichte erzeugt hat. "Es wird schon gutgehen"; der sorglose Gemeinplatz am Ende fast jedes israelischen Gesprächs schiebt selbstzufrieden "kleinliche" Werte wie Sorgfalt, Planung und Wachsamkeit beiseite.

Amirs ungehinderte, ja unbemerkte Anwesenheit im abgesperrten Parkgelände verrät das instinktive Freund-Feind-Anerkennungsschema aus Jahrzehnten des israelisch-arabischen Stammeskriegs: Er war sichtlich "einer von uns", deshalb unverdächtig. Und die Euphorie am Ende der Massenkundgebung, eine Stimmung, die zum Nachlassen der Wachsamkeit führte, war eine sehnsüchtige Huldigung des "alten, schönen Israel" an sich selbst, an sein eigenes Kollektivbild. So sollte es sein - ein harmonisches, friedliebendes Israel - in der alten zionistischen Utopie, so wurde die Realität des Risses mitten in der israelischen Gesellschaft verdrängt.

Katastrophen geschehen immer an der Nahtlinie zwischen Halbbewußtem und Verdrängtem; der Blitz schlägt immer aus nur scheinbar heiterem Himmel ein, nur im verblendenden Licht des Erkenntnischocks nimmt man Wolkendecken wahr. Hätte man Amir durch nachrichtendienstliche Überwachung des Extremistenmilieus schon im voraus als potentiellen Täter ausmachen können? Zweimal hat er nach eigenen Aussagen Rabin mit Mordabsicht aufgelauret, am 22. Januar an der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem und am 11. September bei der Einweihung einer Autobahnkreuzung nördlich von Tel Aviv. Archivbilder des israelischen Fernsehens zeigen ihn als aktiven Demonstranten in den Veranstaltungen der Rechten gegen das israelisch-palästinensische Abkommen; und er soll dem rechtsextremen Grüppchen

"Eyál" von Avishái Raviv nahegestanden haben. Damit fiel er in der Masse des rechtsextrem eingestellten nationalistisch-religiösen Milieus allerdings keineswegs auf, schon gar nicht während der schrillen Hetzkampagne, die diese Kräfte zur Demontage von Rabins Regierung seit dem Spätsommer angezettelt hatten.

Der Schabák und sein Chef namens "K" sollen in dieser Zeit einige Warnsignale registriert haben. Sie hatten alle Hände voll zu tun mit der Vereitelung islamistischer Terroranschläge. Trotzdem erstellte ein Psychologe der "Jüdischen Abteilung" das spekulative Profil eines potentiellen jüdischen Attentäters, und die Beamten begannen, im dunkeln tappend, nach einer real existierenden Person zu fahnden. Diese Aktion hatte von vornherein nur eine geringe Chance, konkrete Hinweise zu erbringen.

Inmitten der hitzigen Atmosphäre suchte der Schabák-Chef in die Gestaltung der politischen Auseinandersetzung einzugreifen. Ende August, dann Mitte Oktober sagte er in Hintergrundgesprächen mit dem Dienst nahestehenden Journalisten eine Verschärfung der Polarisierung voraus. Der Inhalt seiner Einschätzung war eine eindeutige Warnung vor der Möglichkeit eines politischen Attentats: Die meisten Mittel der Personenschutzinheit des Dienstes seien gegen palästinensischen und islamistischen Terror ausgerichtet, Dutzende von Nachrichten seien gesammelt und mehrere Attentate auf israelische Führungsgestalten vereitelt worden. Doch: "Zum allerersten Mal lauert die Gefahr auch von innen." In einer indirekten Botschaft an die Führung der etablierten Rechten bat er, "den Ton (der Kampagne) zu mäßigen". Dafür wurde er ausgerechnet von liberalen Publizisten mit dem Argument gerüffelt, dies sei nicht seine Rolle: "Großes Maul und schwache Nerven" betitelte etwa der Kolumnist Yoél Márkus seinen Artikel in der Zeitung "Haaretz" am 1. September. Maßgebende Vertreter der oppositionellen Likud-Partei beschuldigten die Arbeiterpartei und die Linken des Rufmords und wiesen jeden Vorwurf, ihre scharfen Töne könnten Gewaltpotentiale aktivieren, weit von sich. In der Tat begannen sie - wenn auch etwas zweideutig - sich von extremeren Aktivisten und Methoden zu distanzieren, mit denen sie früher eher duldend als begeistert kooperiert hatten. Als "Quellen nahe der Arbeiterpartei" Informationen von der Lageeinschätzung eines "hochstehenden Sicherheitsbeamten" durchsickern ließen, die angeblich vor Gefahren seitens der Likud-Demonstranten warnten, beeilte sich der Chef des Inlandsgeheimdienstes zu dementieren, eine solche Einschätzung sei dem Schabák zuzuschreiben: "Jemand versucht, den Dienst in politische Auseinandersetzungen hineinzuziehen."

Die Scheu vor einem politischen Angriff auf den Sicherheitsdienst mag beim Dienstchef wegen der eigenen Erfahrung eine starke Rolle gespielt haben. Kurz vor seinem Amsantritt am 1. März dieses Jahres, nachdem er fast ein Jahr lang als stellvertretender Dienstchef den Schabák kommissarisch anstelle des scheidenden Chefs geleitet hatte, entfachte die Rechte eine Kampagne gegen seine endgültige Ernennung. Der Vorwurf: Er sei gegenüber den Siedlern befangen. Der Vorwurf stützte sich auf Milieumerkmale. Der solcherart Beschuldigte entstammt einer gutbürgerlichen Juristenfamilie aus Jerusalem, was in Israel tendenziell eine linke oder liberale Weltanschauung bedeutet. Schwerer wog in den Augen der Siedler seine aktive und exponierte Beteiligung an der Überwachung des Rechtsextremismus, vor allem an der Enttarnung des sogenannten "Jüdischen

Untergrunds" 1984.

Diese Affäre markierte seinerzeit den Scheideweg im Verhältnis des Sicherheitsdienstes gegenüber dem Rechtsextremismus. Zwischen 1980 und 1984 verübten fanatische Siedler aus dem Westjordanland eine Reihe von Anschlägen auf Araber, begründet als Rache für den palästinensischen Terror. Ihre schwersten Untaten waren der Bombenanschlag auf vier palästinensische Bürgermeister am 2. Juni 1980 und die wahllose Erschießung von drei Studenten an der Islamischen Hochschule zu Hebron am 26. Juli 1983. Sie benutzten Waffen, Sprengstoff und Munition der israelischen Armee, entweder illegal entwendet oder - im Falle der Schußwaffen - legal zur Selbstverteidigung verteilt. Hier wurde der Schabák zum ersten Mal mit Mängeln beim Beobachten der Siedler konfrontiert und brauchte eine relativ lange Zeit, um ein funktionierendes Informantennetz in diesem geschlossenen Milieu aufzubauen. Dabei scheute er nicht vor sexueller Erpressung und finanziellem Druck zurück - und wurde vom damaligen Ministerpräsidenten Begin zurückgepfiffen. Der damalige Dienstchef, Avrahám Ahitúv, fühlte sich von der politischen Führung nicht genügend unterstützt, zumal diese zur gleichen Zeit ihre weitreichenden Siedlungspläne vorantrieb. Ahitúv schied im Dezember 1980 verbittert aus. Erst sein Nachfolger Avrahám Shalóm konnte 1983 bei Begins Amtsnachfolger offensivere Überwachungs- und Einschleusungsmethoden durchsetzen. Dies führte zur Enttarnung des "Untergrunds" am 26. April 1984, unmittelbar vor einem geplanten Bombenanschlag auf palästinensische Busse.

Diese Episode veranschaulichte schon damals die politischen Schwierigkeiten beim Umgang mit den Siedlern und mit ihren Schutzpatronen, die vor Gefahren aus dieser Richtung die Augen allzuoft geschlossen hatten. Sie bedeutete auch die organisierte Überschreitung der Hemmschwelle gegen politischen Mord im Siedlermilieu - zu jenem Zeitpunkt noch "nur" gegen Araber. Seitdem übten sich diese Kräfte in systematischer Vernebelung der Verantwortung für Gewalttaten; es gab keine organisierten Strukturen mehr mit klaren Befehlsverhältnissen, sondern nur noch diffuse, schwer durchschaubare Ad-hoc-Zusammenkünfte. Diese Taktik haben die Sympathisanten der Siedler im nationalistisch-religiösen Umfeld in Israel dann eifrig kopiert.

Als Signal wirkte auch, daß die "geistlichen Anführer" dieses Untergrunds, allesamt Rabbiner in den Westbank-Siedlungen, nicht erfaßt werden konnten. Eine direkte Linie zwischen ihren oft extremen Predigten und den Bluttaten konnte nicht nachgewiesen werden. Doch politisch stellten sich die Siedler, ihre offizielle Führung und ihre Sympathisanten in den etablierten rechten Parteien hinter den "Untergrund". Die Gewalt wurde laut abgelehnt, aber Verständnis für die armen Häftlinge wurde im gleichen Atemzug geäußert. Die Ermittler des Schabák mußten mitansehen, wie eine Reihe von juristischen Tricks, Straferleichterungen, Strafnachlässen und Begnadigungen die Ergebnisse ihrer Arbeit zunichte machte: Keiner der Verurteilten, nicht einmal die verurteilten Mörder, saß mehr als sieben Jahre hinter Gittern. Bei ihrer Freilassung wurden sie von weiten Teilen der Rechten demonstrativ bejubelt. Faktisch bedeutete dies eine Immunität in einem rechtsfreien Raum. Von hier aus brauchte man nur noch einen Schritt, bis die Mordfreiheit gegen Araber auch gegen Juden erweitert würde.

Daß der heutige Schabák-Chef, damals Anfang Dreißig, an diesen Ermittlungen beteiligt war und seitdem mit weiteren Erfolgen - übrigens auch gegen relativ harmlose linksextreme Gruppierungen - seinen Ruf erworben hat, sah für das Siedlermilieu vor diesem Hintergrund natürlich nach Befangenheit aus. Im September 1994, als er als stellvertretender Dienstchef den Schabák kommissarisch leitete, erreichte der Dienst einen Fahndungserfolg gegen einen nationalreligiös gesinnten Infanterieleutnant im aktiven Dienst, Oren Edri, der Sprengstoff aus Armeebeständen gestohlen und einem Verbindungsmann im Siedlermilieu weitergegeben hatte. Edri wurde am 31. Januar dieses Jahres vom Militärgericht des Militärbezirks Mitte für schuldig befunden und zu der skandalös milden Strafe von sieben Monaten Haft verurteilt. Nach fünf Monaten Untersuchungshaft und mit dem gewöhnlichen Strafnachlaß für gute Führung wurde er freigelassen. Doch selbst dies reichte für eine Kampagne von rechts gegen den kommissarischen Dienstchef, dessen Bestätigung an der Spitze des Dienstes damals auf der Tagesordnung des Kabinetts stand.

Hier zeigte sich die faktische Überschneidung zwischen etablierten Vertretern der Rechten und dem diffusen rechtsextremen Milieu auf beispielhafte Weise. Es gibt keinen Beweis für eine direkte Verbindung - sie wäre auch nicht nötig. Ein Leitartikel der Zeitschrift "Nekudá", Sprachrohr der Westbank-Siedler, stellte fest: "Der Sicherheitsdienst hat seine Jüdische Abteilung vergrößert. Er wendet totalitäre Methoden an und beschäftigt sich mit psychologischer Kriegführung, mit Desinformation und mit der Beschattung von Organisationen und Personen . . . Sein Übereifer beweist, daß er eine fremde Rolle übernommen hat . . . Mehr, als der Ministerpräsident (Rabin) will, daß der Dienst ihn mit politischem Nachrichtendienst versorge, meldet sich dafür der Dienst freiwillig aus missionarischem Gefühl. Denn jeder weiß, daß der stellvertretende Dienstchef die ideologische Siedlungsbewegung in Judäa, in Samarien und im Gazastreifen als die Ursünde der ideologischen Kriminalität in Israel ansieht . . . Wenn dieser Mann endgültig in seinem Amt bestätigt wird, wird das eine schroffe Kriegserklärung der Regierung und deren Chefs an die religiöse Öffentlichkeit."

Der Abgeordnete Hrnáu Porát aus der nationalreligiösen Partei Mafdal, einer der Pioniere und höchster Anführer der Siedlungsbewegung, pflichtete bei: "Man darf hoffen, daß er seine Aufmerksamkeit den wahren Hauptaufgaben des Schabák widmen wird, sich auf die Aufdeckung der Reste des (arabischen) Terrors zu konzentrieren, und nicht versucht, dubiose, eingebildete, nichtexistierende (jüdische) Untergründe heraufzubeschwören."

Von offen rechtsextremer Seite sagte Barúch Márzel, Anführer der verbotenen Kach-Bewegung: "Die Ernennung macht klar, daß die Hexenjagd gegen die Aktivisten der Rechten verstärkt und die Vernachlässigung der Behandlung des arabischen Terrors wachsen wird." Der kausale Zusammenhang zwischen der Begrenzung ihrer Aktivitäten und dem Auswachsen des Terrors ist ein Standardargument im Arsenal der Rechtsextremen, das sie das Bild der verfolgten Unschuld ständig propagieren läßt. Jeder Gewaltakt ist also eine Notwehr. Die Konsequenzen legte ein Flugblatt des extremistischen Grüppchens "Hérev David" (Schwert Davids) unmißverständlich dar: Im arabischen Stil der rabbinischen bindenden Rechtsgutachten ruft es zur Ermordung des Schabák-Chefs auf und gibt dazu seinen vollen Namen und seine Privatadresse bekannt,

die in der Regel von der Zensur geheimgehalten werden. Das Flugblatt hatte natürlich keine Wirkung; der Dienstchef wurde in seinem Amt bestätigt. Aber "Hérev David" ließ später auch ähnliche Mordaufrufe gegen Ministerpräsident Rabin verteilen, der den Sicherheitsdienstchef ja ernannt hatte. Die Logik aus dem Blickwinkel des rechtsextremen Milieus ist schlüssig. Sie zeugt von einem permanenten Kleinkrieg zwischen einem diffusen, bewaffneten und hemmungslosen Extremistenmilieu mit stillschweigender politischer Deckung und einem rechtsstaatlich gebundenen Sicherheitsdienst - einem Krieg, in dem die israelische Demokratie eine furchtbare Niederlage erlitten hat.

* Der Autor ist israelischer Militärgeschichtler und Fachmann für das Wirken von Geheimdiensten.

Bildunterschrift: Jigal Amir nach dem Attentat Foto AP

Alle Rechte vorbehalten. (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main